

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 10

Rubrik: Information

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

in Nürnberg nicht anerkannt wurde), ist ein illustrierter Appell dieser Art mit eindrücklichem knappem Begleittext doch wirksam. Man sah Überschriften wie: «Honeywell an Genozid beteiligt» oder: «Honeywell-Produkte morden Menschen». Massnahmen von seiten der Honeywell Corporation gegen die Protestaktion der Quäker hatten keine Wirkung. Es wurde versucht, den Quäkerprotest mit Hilfe einer korrupten Gewerkschaft als politisch anrühlich, als kommunistisch dirigiert, hinzustellen, doch ohne Erfolg.

Wie weit dieser Versuch Schule machen wird, steht noch nicht fest. Die Initianten sind sich bewusst, dass es ein Experiment ist. Sie möchten aber andere Gruppen in den USA und in andern Ländern stimulieren, solche koordinierten, konkreten Widerstandskampagnen gegen Verfechter der Verteidigungspropaganda einer Nixon-Regierung zu unternehmen. Bei der Kriegsmüdigkeit des Volkes ist der Erfolg nicht ausgeschlossen. Die USA-Kongress- und Senatswahlen vom nächsten Monat dürften über die Aussichten solcher Unternehmungen einen weiteren Fingerzeig geben. Red.

Information

In den «Blättern für deutsche und internationale Politik», Köln, Nr. 9/70, äussert sich Karl D. Bredthauer unter anderem folgendermassen zu den «Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrags»:

Es ist kein Geheimnis, dass beispielsweise Otto Wolff v. Amerongen, Chef des neben BDI und BDA massgebenden Wirtschaftsverbandes DIHT, seit einiger Zeit auf die Schaffung der politischen Voraussetzungen für einen gesicherten, langfristigen Osthandel gedrängt hat. Und wenn Berthold Beitz, Spitzenmanager des Krupp-Konzerns, dessen historische Rüstungsorientierung fast ein Synonym des Firmennamens ist, den Moskauer Vertrag für die Erklärung zum Anlass nimmt: er halte «langfristige wirtschaftliche Beziehungen für einen besseren Schutz als militärische Massnahmen» und eine bessere Osthandelskreditierung «immer noch für billiger...», als vor lauter Russenangst das Geld in irgendeinen militärischen Plunder zu stecken, der uns dann doch nicht schützt – wenn das Krupp-Manager Beitz sagt und eine Verdrei- bis -vierfachung der Osthandelsquote der Bundesrepublik auf zunächst 15 bis 20 Prozent vorschlägt, so mag man gegenüber seiner zur Schau getragenen Geringschätzung der Rüstungsproduktion («militärischer Plunder») gebührende Skepsis walten lassen. – Jedenfalls hat er sich als überzeugender Kronzeuge dafür präsentiert, dass Rüstung und Sicherheit spätestens nach Moskau kaum mehr glaubhaft in einem Atemzug genannt werden können. Der DGB hat als einer der ersten die Konsequenzen gezogen und gefordert: Rüstungsbegrenzung, Rüstungsverminderung jetzt! Damit «die Erfüllung der

dringend erforderlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben nicht länger durch die übergrossen Rüstungsausgaben behindert wird». Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hauff kennzeichnet den Zusammenhang so: «Die allseits für notwendig gehaltenen Reformen kosten Geld; dieses Geld kann man durch drastische Beschneidung des Verteidigungsetats freimachen; das geht am besten, wenn man die Spannungen in der Welt vermindert, und dazu dient der Gewaltverzichtsvertrag».

Die Furcht vor der Erkenntnis solcher Zusammenhänge gehört allerdings auch zu den mächtigsten Triebkräften der bundesdeutschen Vertragsfeinde. Das Konzernorgan «Handelsblatt» hat bereits mit unverkennbarem Entsetzen auf die «Gefahr» hingewiesen, jetzt könnte allgemein «der Gedanke um sich greifen: Da schliessen diese beiden Mächte einen Vertrag, der ausdrücklich die Anwendung von Gewalt und auch schon die Drohung mit ihr ächtet; was sollen da noch Truppen und ein hoher Rüstungsstand?». «Man kann da nicht früh genug Barrieren errichten», folgert der Kommentator unverblümt. Hier geht es um die Interessen jenes militärisch-industriellen Komplexes, dessen rasche Herausbildung heute besonders augenfällig wird in der Person des Thyssen-Managers Mommsen – der sozusagen nebenamtlich die Funktion eines Staatssekretärs in Helmut Schmidts Rüstungsministerium übernommen hat. Mommsen reorganisiert hier die Militärbürokratie für das ganz grosse Geschäft der Rüstkonzerne: die geplante gigantische «Umrüstung». Als gäbe es den Moskauer Vertrag überhaupt nicht, erklärte Schmidt kürzlich der Zeitschrift «Wehr und Wirtschaft»: Für den Zeitraum der «mittelfristigen Finanzplanung», «das heisst bis einschliesslich des Haushalts- und Kalenderjahres 1974, sehe ich nicht, dass irgendeins der grossen Modernisierungsprojekte aus finanziellen Gründen in Bedrängnis käme». Diese Art «grosser Modernisierungsprojekte» muss und kann (noch) gestoppt werden. Schmidts Vorstellungen vom «modernem Deutschland», das seine Partei zu «schaffen» versprach, haben offenbar jeden Zusammenhang mit den Vorstellungen der sozialdemokratischen Mitglieder und Wähler verloren.

Der wachsende Einfluss der Rüstungswirtschaft in Bonn ist eine akute Bedrohung. Am deutlichsten wird der Zusammenhang zwischen offen reaktionär-aggressiver Politik und rüstungsindustriellen Interessen gegenwärtig in Bayern, dem Freistaat der Militärproduzenten Siemens, Bölkow, Messerschmitt, der CSU und ihres Vorsitzenden Strauss, der nicht zufällig, neben seinem CSU-Kollegen Guttenberg, am lautesten und skurpellosesten gegen die Realisierung des Moskauer Vertrages zu Felde zieht. Angesichts der Basis, die das Rechtskartell sich hier ausbaut, gestützt auf die bayerischen Zentren des militärisch-industriellen Komplexes, weist die geplante Fusionierung bayerischer Grossbanken zur neuen bundesrepublikanischen Superbank alarmierende Aspekte auf. Das Kalkül des «Nürnberger Parteitags» der CSU ist

eine Herausforderung der Demokratie: Strauss präsentiert sich bramarbasierend als Führer einer «Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands», kaum noch verhüllt ebenso auf Anhänger der NPD wie auf Teile der CDU-Gefolgschaft spekulierend. Diese Kreise erklären lautstark und ausdauernd, der Vertrag bringe nichts ein. In der Tat: dem Aggressionskurs des Rechtskartells, das sich in den letzten Monaten beängstigend schnell und ausgreifend formiert hat, bringt ein Vertrag nichts ein, der Spannungsursachen beseitigt, Abrüstungsmöglichkeiten offenbar macht. Was der Bevölkerung die Voraussetzungen weittragender Friedens- und Fortschrittschancen einbringen kann, das ist für den Militär-Industrie-Komplex, für das Rechtskartell ein dicker Strich durch die Rechnung. Eine Niederlage, die definitiv sein kann, wenn die Demokraten die Chance nutzen, aktiv die umfassende Realisierung des Moskauer Vertrags zu fordern und voranzutreiben, wenn die SPD/FDP-Regierung im Verfolgen des eingeschlagenen Weges Konsequenz gewinnt. «Mehr Demokratie wagen!» So heisst es in Brandts Regierungserklärung. In der Tat: glaubhafte Friedenspolitik nach aussen kann nur ein Staat führen, der im Innern Freiheit und Demokratie schafft. Und umgekehrt wird die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche gefördert, wenn internationale Sicherheitspolitik den Spielraum der Spannungsinteressenten begrenzt. Die Lautstärke der Kalten Krieger im Kampf gegen Entspannung entspricht der Tonart, die gegen Mitbestimmung, gegen demokratische Erneuerungskonzeptionen angeschlagen wird.

Ein neues Jahrzehnt und ein neues Zeitalter

Eine Studiengruppe, die sich zum Ziel setzt, die politische und wirtschaftliche Entwicklung Chinas zu verfolgen, veröffentlicht seit Jahren die Monatsschrift «Broadsheet». Die Leitung haben Professoren der Universität Cambridge, unter ihnen Dr. Joseph Needham, ein international anerkannter Sinologe und Verfasser hervorragender Werke über chinesische Kulturgeschichte. Unsere Leser werden mit Interesse zur Kenntnis nehmen, was «Broadsheet» über das China des Jahres 1970 zu sagen hat. Red.

Eine der beliebtesten Klischeebezeichnungen der Leute, die über China schreiben, lautet «rätselhaft», doch das Volkschina, das diesen Monat 21 Jahre alt wird, ist heute kaum mehr das schweigsame, abgeschiedene Land der Überlieferung. Es ist ein bedeutendes Kraftzentrum in Weltangelegenheiten geworden, eine aktive Kraft, sei es auf dem Gebiet politischer Philosophie oder in wirtschaftlicher Entwicklung und technologischen Neuerungen. Wenn die Durchschnittsberichterstatter der «Times» und anderer Blätter das heutige China «undurchschaubar» finden, so ist das nicht, weil die chinesische Stimme gedämpft klingt, sondern weil ausländische Beobachter nicht